

Von den Tute Bianche zu den Ungehorsamen
Dario Azzellini

"Genua bedeutet zunächst eine Wende. Es war die größte Mobilisierung, die diese Bewegung bislang weltweit auf die Beine gestellt hat. Allerdings ist es nicht einfach für eine gerade entstandene Bewegung, einen solchen Schlag zu Überleben. Deshalb würde ich in Bezug auf Genua auch nicht von einem Erfolg sprechen, sondern eher von einer Etappe: Wir haben unsere Unschuld verloren, weil wir uns unserer Rechte zu sicher waren. (...) Genua zeugt von einer militärischen Logik der Regierung bezüglich der Mobilisierungen gegen den G8. Wir haben Widerstand geleistet und auch der Widerstand war eine politische Angelegenheit. Doch die militärische Logik des Konflikts zu akzeptieren, wäre Wahnsinn und politischer Selbstmord. In Genua waren alle Ordnungskräfte, die Armee, die Geheimdienste der acht - ökonomisch und militärisch - mächtigsten Länder des Planeten. Unsere Bewegung kann sich nicht mit dieser Militärmacht messen. Wir würden im Laufe von drei Monaten zerdrückt werden. Also müssen wir einen dritten Weg finden zwischen denen, die ihre Ablehnung der ökonomischen Globalisierung nur verbal äußern und jenen, die sich für die symbolische Geste entscheiden wie es z.B. das Demolieren einer Bank sein kann. (...) Doch gegenüber dem Risiko, umgebracht zu werden, halten wir am Recht auf Schutz fest."

Luca Casarini, Sprecher der Tute Bianche

Die "Armee der Träumer" und ihr Weg nach Genua

Das Konzept der Tute Bianche (TB, zu Deutsch: Weiße Overalls) stammt aus den sozialen Zentren Norditaliens (von denen ausgehend die TB auch eine umfassende Basisarbeit betreiben). Ihre Verbreitung ist vor allem in Norditalien und Rom groß. Mittlerweile nennen sie sich - als Sammelbegriff für die TB und andere Gruppen, die eine ähnliche Strategie verfolgen - "i disobbedienti" (die Ungehorsamen). Historisch ist dieses Spektrum (v. a. die Gründer) einer politischen Linie als zugehörig zu bezeichnen, die aus der Autonomia Operaia der 70er Jahre entstanden ist.

Nach einem längeren Diskussionsprozess wurde 1997 eine politische und praktische Neuorientierung in die Wege geleitet, die mit einer breiten Kampagne für Existenzgeld und grundlegende Rechte begann. Ab Herbst 1998 wurde die neue politische und soziale Praxis in massiver Form auf die Straße getragen. Es ging nicht darum, den Konflikt zu vermeiden, sondern ihn untrennbar mit einem Konsens, mit einem Projekt und mit Kommunikation zu verbinden. Zu den bekanntesten Aktionen der TB gehörten eine Demonstration im Oktober 1998, die Journalisten und Parlamentariern Zugang zu einem Abschiebeknast in Triest verschaffte (der anschließend geschlossen wurde); die versuchte Stürmung des Nato-Flughafens in Aviano während des Kosovo-Krieges (April 1999); die Demonstration gegen den Abschiebeknast von Via Corelli in Mailand im Januar 2000 (und seine anschließende zeitweilige Schließung); eine Demonstration in Bologna gegen einen Neonazikongress, der dann abgebrochen wurde (Mai 2000); die Beteiligung an den Protesten gegen den IWF-Gipfel in Prag (September 2000); Begleitung der EZLN-Comandantes von Chiapas nach Mexiko Stadt (März / April 2001) und damit ein Verstoß gegen das Verbot politischer Betätigung von Ausländern u.v.m.

Das Konzept einer "defensiv-offensiven" Strategie entwickelte sich im Verlauf der Aktionen und wird von den TB "ziviler Ungehorsam" genannt. Im Unterschied zum traditionellen zivilen Ungehorsam nehmen jedoch die TB das Recht auf Selbstschutz in Anspruch. D.h. sie schützen sich bei Angriffen der Polizei mit Polstern, Schilden, Helmen, Arm- und Schienbeinschützern, Handschuhen, Gasmasken und Gasschutzbrillen. Diese Praxis stellt

keine Kriegssimulation dar, sondern unterstreicht die politische Dimension des Konflikts und seine Radikalität. Sie ist immanent politisch. "Helme und Polsterungen zu verwenden bedeutet nicht, die erste Stufe eine Eskalation hinaufzusteigen. Für uns war es das genaue Gegenteil: Der Zusammenstoß mit den Ordnungskräften wird mit einkalkuliert, doch der Gebrauch bestimmter Mittel erlaubte es, die Angst zu lindern, die physischen Schäden zu begrenzen und die Gruppe, die sich an der Aktion beteiligt, kompakt zu halten. Das gemeinsame Training zur Vorbereitung der Aktionen hat vielen von uns geholfen, Klarheit zu behalten und das große Wegrennen zu vermeiden, ebenso wie irrationale Verhaltensweisen und die unkontrollierbare Atomisierung der Auseinandersetzung. Der Körper ist ein wertvolles Gut. Der Körper sind wir und jeder von uns. Wir haben nur einen und wir fragen uns, was in den vergangenen drei Jahren geschehen wäre, wenn wir uns keine Sorgen um den Schutz gemacht hätten."

So widerspricht Luca Casarini auch vehement Behauptungen, das Konzept der TB basiere auf Absprachen mit der Polizei: "Das ist nie so gewesen. Vor drei Jahren haben wir lange darüber nachgedacht, wie wir den Konflikt betreiben können, ohne dass er destruktiv wird. Wir sagen öffentlich, was wir vorhaben und weisen immer darauf hin, dass wir uns schützen. Das war die Regel, denn es war für uns grundlegend, Konflikt und Zustimmung zu erzeugen bezüglich der Ziele, die wir uns steckten. In Genua hatten wir in etwa das Gleiche erwartet".

Diese Einschätzbarkeit der Vorgehensweise und die Offenheit des Konzepts macht eine Beteiligung vieler möglich. Die Transparenz resultiert aus den Erfahrungen der Autonomia Operaia und der Bewegung in den 70er Jahren. Damals bestimmte ein relativ kleiner Kern das Konfrontationsniveau bei Massendemonstrationen, was innerhalb weniger Jahre mit dazu führte, dass die Bewegung immer isolierter wurde, da dem Großteil auf der Straße nur eine Statistenrolle zukam, ohne jede Möglichkeit eines Einflusses auf das konkrete Geschehen. Nachdem im Vorfeld des G8 der Einsatz von Militärs bekannt wurde und sich der militärische Sprachgebrauch von Regierungsangehörigen mehrte, erklärten die TB dem G8 zwar den Krieg, doch es folgte der "Pakt mit der Stadt und den Bewohnern Genuas", eines von insgesamt sieben poetisch-literarischen Kommuniqués, mit denen die TB die Kommunikation mit der Öffentlichkeit aufrecht erhielten. In dem Pakt erklärten sie, es seien keine Angriffe auf die Stadt, ihre öffentlichen Einrichtungen oder auf Personen vorgesehen, da Genua nicht nur hart von den Vorbereitungen zum G8 gezeichnet, sondern auch stark an den Inhalten und Initiativen der Bewegung interessiert war. So wurde beschlossen, die eigenen Aktionen auf die Mauer um die Rote Zone zu beschränken, um einer breiten Öffentlichkeit ein politisch gezieltes offensives Vorgehen zu vermitteln und das breite Bündnis nicht zu gefährden. Im Gegensatz zur Situation in Deutschland ist in der italienischen Bewegung der Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung der Punkt, an dem die gesamte außerparlamentarische Linke zusammenkommt. Nur so konnten 300.000 Leute mobilisiert werden. Die Entscheidung des Verzichts auf direkte Angriffe bleibt aber eine strategische. Auf die Frage, warum die Bewegung der TB der Gewalt nicht eine definitive und klare Absage erteile, antwortet Luca, das Problem der Gewalt und Gewaltfreiheit sei ein sehr komplexes - auf globaler Ebene, und alle Massenbewegungen jeden Zeitalters seien dazu verurteilt, mit diesem Problem zu leben. Verlogene Aussagen, um die Zeitungen glücklich zu machen, seien nicht seriös. "Was bedeutet schon Gewaltfreiheit?" fragt er zurück, "ich habe kürzlich mit Vertretern der größten indischen Bauerngewerkschaft gesprochen und sie haben gleich erklärt: Wir sind absolut gewaltfrei. Wir lassen Gewalt gegen Personen nicht zu, wir glauben, man muss nur Sachen zerstören, die Symbole der Macht". Und bei einem Vorgehen der Einsatzkräfte wie in Genua sei es doch unmöglich, Gewaltfreiheit zu erwarten.

Die TB spielen eine nicht unwesentliche Rolle bei der "Rückkehr der Bewegung" in Italien während der vergangenen Jahre und auch sie konnten in dieser Zeit wachsen. Die TB sind auch in der italienischen Öffentlichkeit präsent. Nach dem Vorbild der Zapatistas führten sie vor dem Gipfel eine Befragung der Bevölkerung durch, ob es legitim sei, unter Einsatz des

geschützten eigenen Körpers in die Rote Zone, das abgesperrte Gipfelgelände, vorzudringen. So gelang eine breite öffentliche Debatte über ihr defensiv-offensives Vorgehen. Nicht ganz ohne Erfolg im Meinungskrieg: Wenige Tage vor dem Gipfel hielten laut einer Umfrage der bürgerlichen Tageszeitung "La Repubblica" 23 % der italienischen Bevölkerung ein Eindringen in die Rote Zone für legitim.

Genua und die Grenzen des zivilen

Ungehorsams Bereits im Vorfeld des G8 hatten die TB - die in Genua mit anderen Koordinationen und Gruppen wie z.B. "Rage" aus Rom oder "Makaja" aus Mailand zusammen arbeiteten - angekündigt, nicht in weißen Overalls zu agieren. Die lange diskutierte Entscheidung wurde damit begründet, dass bei Teilhabe an einer derart breiten Bewegung nicht die Erkennbarkeit einer gewissen Zugehörigkeit wichtig sei, sondern die gegenseitige "Kontaminierung zwischen Unterschiedlichen mit einem gemeinsamen Ziel". Die Praxis des "zivilen Ungehorsams" sei zudem soweit verbreitet, dass sich die TB nicht mit einer gewissen Kleidung zur Avantgarde machen wollten.

Ein Großteil derer, die sich an dem Konzept der "Ungehorsamen" beteiligten, übernachteten im Stadion Carlini. Dort kampierten nahezu eine Woche lang zuletzt um die 8.000 Menschen gemeinsam und bereiteten die Schutzausrüstung für die Demonstrationen vor. Die auf Delegiertenplena getroffenen Entscheidungen wurden im Stadion auf Vollversammlungen präsentiert. In Genua beteiligten sich am Freitag, dem Tag der Blockade, 10-15.000 Menschen an dem Demonstrationzug der Ungehorsamen. Eine Größenordnung, die den Rahmen aller bisherigen TB-Aktionen sprengte.

Das gemeinsame Vorgehen wurde von einem siebenköpfigen Gremium mit Delegierten verschiedener Bündnisse und Gruppen entschieden, das vom Delegiertenplenum des Stadion Carlini ernannt wurde. Die einzelnen Schritte des Aktionskonzeptes waren im Vorfeld festgelegt, so dass ihr Zeitpunkt entschieden, bzw. in Absprache mit der Demospitze Rückzug, Ruhepausen, Vorrücken usw. beschlossen wurden. Die Entscheidungen wurden in mehreren Sprachen über den (zu leisen) Lautsprecherwagen mitgeteilt. Ein Gefühl der Sicherheit vermittelte vielen Demonstranten auch die Tatsache, dass die Geschlossenheit der Demonstration, das Zusammenbleiben und gemeinsam Zurückkehren während der gesamten Zeit im Vordergrund stand. Die Militanz war auf das Durchbrechen der Polizeiketten und der Stahlmauer auf dem Weg in die Rote Zone ausgerichtet.

Die meiste Ausrüstung, die sie zum Selbstschutz mit sich tragen - neben dem üblichen Körperschutz auch Plexiglasschilde, Gasmasken und sogar Flexen, inklusive Dieselgeneratoren, um den Zaun aufzuschneiden - ist im Rahmen der italienischen Gesetze weder explizit legal noch illegal, es ist im Wesentlichen eine politische Frage des Durchsetzbaren. Die Grenzen der Legalität werden durch die Herstellung von politischer Legitimität überschritten und der Rahmen immer weiter gespannt. So konnten die TB im Genua Social Forum (GSF) auch durchsetzen, dass nicht nur diese Formen der Selbstverteidigung, sondern auch Barrikaden zum Schutz gegen Polizeiangriffe vom Bündnis getragen wurden - lediglich angezündet werden sollten sie nicht. Dennoch bzw. gerade deshalb war diese Demonstration den härtesten Angriffen von Seiten der Polizei ausgesetzt. Es sollte ein Exempel am radikalsten Teil des GSF-Bündnisses, der gleichzeitig den größten Zulauf verzeichnete, statuiert werden. So war es auch kein Zufall, dass Carlo Giuliani am Rande dieser Demonstration erschossen wurde, als ihre Spitze an das Innenstadtdgebiet angrenzte, gestoppt und zurückgeschlagen wurde.

Es war nicht unbedingt absehbar, dass die Demonstration dort nicht weiter kommen würde, denn sie war bis Piazza delle Americhe genehmigt, wo sich ein massives Polizeiaufgebot und aufgestellte Container befanden. Dies ließ darauf schließen, sie solle dort aufgehalten werden - am Ende der genehmigten Route. Tatsächlich griff die Polizei aber schon 300 m vorher an. Dennoch war es ein taktischer Fehler, die schmale Straße einzuschlagen, die sich in einen

Flaschenhals verwandelte. Eine Massenpanik während der nahezu vier Stunden andauernden Gas- und Knüppelattacken der Polizei wurde wohl nur durch die Disziplin der TeilnehmerInnen und die Organisierung des Zuges - spezielle Gruppen löschten die Gasgranaten in mit Wasser gefüllten Mülleimern ab, andere fuhren mit Einkaufswagen voller Wasserflaschen herum und spülten Augen - verhindert. Trotz wiederholter Durchsagen befanden sich aber auch Personen in den vorderen Reihen, die nicht über genügend Schutz verfügten und bei den Gasangriffen zurückweichen mussten. Zusätzlich wurde die Demonstration an den Seiten nicht bis zur Mauer mit Schilden abgeschirmt, so dass Polizisten begannen, sie von der Seite anzugreifen.

Das Chaos und die enge Straße führten dazu, dass ein Teil der Demonstration in einem Moment zwar die erste Polizeiblockade durchbrechen, dem massiven Gegenangriff der Polizei jedoch nicht lange stand halten konnte, und sich wieder zurück zog, um sich der restlichen Demo anzuschließen. Im vorderen Teil der Demonstration konnte auch das Konzept des zivilen Ungehorsam nicht aufrecht erhalten werden. "Wir haben uns solange daran gehalten, wie wir konnten", so Tute Bianche-Sprecher Luca Casarini, "aber als der Walzer mit den Panzerwagen anfang, als man die ersten Schüsse hörte, haben wir reagiert, indem wir uns hinter Müllcontainern verschanzt und Steine geworfen haben." Am Rande der Demonstration kam es aber auch zu Auseinandersetzungen zwischen DemoteilnehmerInnen - auf einen Ordnungsdienst war ausdrücklich verzichtet worden - und mit Stangen Bewaffneten, die sich in den Zug zurückziehen wollten, um dann wieder loszuschlagen. Bereits im Vorfeld war verkündet worden, dass in diesem Demozug keine Stangen mitgeführt werden sollten und so wurden Personen mit Eisenstangen angesprochen, entweder die Stangen wegzulegen oder woanders hinzugehen. Die Demonstration verteidigte so ein vorher von allen gemeinsam beschlossenes Konzept. Einige Vermummte akzeptierten die Vorgabe, andere reagierten mit Gewalt, wiederum andere wurden von DemoteilnehmerInnen als vermeintliche Zivilpolizisten ausgemacht und verjagt. Dabei kam es angesichts der angespannten Lage zu Überreaktionen von allen Seiten.

Klarere Informationen in verschiedenen Sprachen seitens der Ungehorsamen im Vorfeld und ein Interesse und Einlassen vieler DemonstrantInnen aus dem Ausland auf Konzepte und Überlegungen vor Ort hätten sicher viel zur Verbesserung der Situation beigetragen. Eine Distanzierung vom imaginären "Schwarzen Block" hat es seitens der TB dennoch nicht gegeben. "Der *Black Block* ist keine Organisation, hat keine Hierarchien und keine Chefs. Es ist ein individuelles Vorgehen, wofür sich - in Italien, wie in Europa - einzelne entscheiden", so Luca. Sie betonen auch, dass der Widerstand breiter war und nicht als Schwarzer Block abgestempelt werden kann. "Es ist nicht wahr, dass 200 Leute vom Schwarzen Block an allem schuld sind, und dass Tausende anderer absolut nichts gemacht haben. Viele Leute reagierten sehr spontan, als die Polizei ihr Leben bedrohte. Es war sehr beeindruckend, wie stark der Wille, sich zu widersetzen, verbreitet war." Doch üben die TB auch deutliche Kritik: "Die so genannten *schwarzen Overalls* sind eine Erscheinung, die nicht kriminalisiert werden sollte. Es sind Leute die glauben, dass es reicht, eine Scheibe einzuschlagen, um den Kapitalismus zu treffen. Das ist ihr *smash capitalism*. Wir denken anders. Wir haben einen Prozess der gesellschaftlichen Transformation im Kopf, bei dem das *Netz der Netze* zum attraktiven Pol wird, sich ausbreitet und die Entstehung weiterer gesellschaftlicher Netze begünstigt".

Vom Carlini-Stadion in die Gesellschaft

Genua bedeutete einen tiefen Einschnitt. Es war die größte Mobilisierung, die die "Anti-Globalisierungs-Bewegung" bisher weltweit hervorbringen konnte, und gleichzeitig sah sich die junge Bewegung mit einer entschiedenen Antwort seitens der Macht konfrontiert. "Genua war für die Regierung ein Versuch, ob sie die Gesellschaft militarisieren kann, ohne dabei die Gunst der öffentlichen Meinung zu verlieren", so Casarini. Die Tute Bianche sind in Genua mit ihrem Konzept auf der Straße eindeutig gescheitert, es ist klar, dass nicht einfach weiter

daran festgehalten werden kann und über den zivilen Ungehorsam als Aktionsform nachgedacht werden muss. "Die Tute Bianche waren ein Experiment, dem der Verdienst zukommt, die Vorstellung des Konflikts wieder legitim zu machen. Nun ist die Phase des zivilen Ungehorsams am Ende und wir müssen zum sozialen Ungehorsam übergehen. (...) Wir müssen die Grenzen unserer Analyse, unserer Perspektiven und der politischen Vorhaben erkennen. Es ist positiv, dass sich in allen Städten Social Forums bilden, Bündnisse sind grundlegend. Auch wenn ich es vorziehe, nicht an Bündnisse zu denken, sondern an einen gesellschaftlichen Prozess, in dem die Bewegung zum attraktiven Pol für jene Personen und Kreise wird, die weiter von ihr entfernt sind."

Luca sieht also - neben der Verschärfung des Selbstschutzes - den qualitativen Sprung seitens der Bewegung im "sozialen Ungehorsam", der sich bereits in Genua massiv gezeigt habe. Viele Menschen haben im Rahmen ihrer beruflichen und persönlichen Möglichkeiten Ungehorsam geleistet. Einwohner haben sich den Regierungsaufforderungen widersetzt und die Demonstranten unterstützt, Rechtsanwälte sich in Netzwerken zusammengeschlossen, um gemeinsam mit ihrem beruflichen Wissen agieren zu können, Krankenpfleger und Ärzte haben Verletzte gewarnt, nicht ins Krankenhaus zu fahren und Polizisten aus Krankenhäusern geworfen ... "Für mich ist es grundlegend, von der Erfahrung dessen, was das *Labor Carlini* genannt wurde, auszugehen. Eine intensive Erfahrung, von der ich viel gelernt habe. Etwa wie ein öffentlicher Raum geschaffen wird. In dem die Vielfältigkeit nicht eine Parole ist, sondern der gemeinsam geteilte und politische Aufbau der *Ungehorsamen*."

Dennoch sind die TB nicht euphorisch. Im Herbst führten sie eine intensive Reflexion und Debatte über die neuen - und durch den 11.9. nochmals veränderten - Umstände durch. Sie wissen, dass viel auf dem Spiel steht. Die positiven Erfahrungen um Genua - von einem "Erfolg" will angesichts des ersten Toten auf einer Demonstration in Italien seit 1977 niemand sprechen - machen Hoffnung. "Aber das bedeutet nicht, dass alles wie geschmiert läuft. Wir befinden uns vor einer komplizierten Realität, die neu verstanden und analysiert werden muss. Wir sind nicht im Faschismus, sondern stehen einer Veränderung der Staatsform gegenüber, die in einer tief gehenden Veränderung der Weise, Reichtum und Subjektivität zu produzieren, begründet liegt. Und das alles im globalen Rahmen", so Luca. "Sie wollten beweisen, dass sie stärker sind und haben es geschafft. Aber wir werden sie weiterhin bekämpfen. Aber wir dürfen uns nicht in eine Spirale der Gewalt ziehen lassen. Unsere Geschichte lehrt uns, dass in diesem Spiel nur der Staat gewinnt."

Doch genau dahin scheint der italienische Staat die Bewegung drängen zu wollen: Eine Mehrheit soll aus Angst auf Demonstrationen verzichten, der kleine Rest soll sich militarisieren und damit leichter zu isolieren sein. Zudem setzt er alles daran, die Bewegung der "Ungehorsamen" zu kriminalisieren. In einer seit den 50er Jahren beispiellosen Kampagne forderten während der vergangenen Monate Regierungspolitiker die Justiz immer wieder öffentlich auf, Luca Casarini ins Visier zu nehmen, bis es schließlich auch geschah: Gegen ihn wird wegen "Widerstandes gegen Polizeibeamte" auf einer Demonstration gegen Biotechnologie und des "Aufrufs zur Bildung krimineller Vereinigungen" in Genua ermittelt. Indes zieht die Regierung direkte Parallelen zwischen den Protesten in Genua und diversen ungeklärten Bombenanschlägen in Italien. Auch wenn also das Konzept der TB in Genua, in die Rote Zone zu gelangen, gescheitert ist, als Bewegung sind sie und die weiteren Netze der neuen italienischen Basislinken nicht gescheitert. Sie haben nach wie vor eine öffentliche Präsenz wie kaum eine andere linksradikale Strömung in Europa, sie befinden sich immer noch in der Offensive und die nach Genua in über 100 Städten entstandene Social Foren bilden jetzt das Rückgrat der Antikriegsbewegung.

Ziviler Ungehorsam

Ziviler Ungehorsam ist en vogue. In den 80er Jahren saßen Friedensbewegte vor Militärbasen, um diese zu blockieren, Frauen bekannten sich, abgetrieben zu haben, und Ökos sitzen bis

heute auf den Straßen des Wendlandes, um den Castor zu stoppen. Allen gemeinsam ist der öffentliche, gezielte, gewaltfreie Bruch einzelner Gesetze unter Hinweis auf deren Illegitimität. Radikale Linke hatten bisher wenig am Hut mit dem so genannten "zivilen Ungehorsam". Seit die "Tute Bianche" (TB) in Italien mit "disobbedienza civile" ihre Aktionsformen beschreiben, erfreut sich der Begriff auch in der deutschen radikalen Linken wachsender Beliebtheit. Tragende Komponente des praktizierten zivilen Ungehorsams war stets die Gewaltfreiheit - und zwar auch dann, wenn die DemonstrantInnen wie z.B. die Anti-Atom-Initiative "X-Tausendmal-Quer" regelmäßig von der Straße getragen, geprügelt und qua Aqua gefegt werden. Passive Bewaffnungen im Sinne der TB sind Regencapes und zuweilen Planen gegen Wasserwerfer. Eine fortschreitende Radikalisierung der oder ein situationsspezifisches Ändern von Aktionsformen sind nicht vorgesehen.

Theoretisch lässt sich das Konzept auf zwei unterschiedliche Ansätze zurückführen: einen radikaldemokratischen und einen vertragstheoretischen, wobei letzterer eindeutig der Mainstream ist. An der Spitze der vertragstheoretischen Vordenker des zivilen Ungehorsams steht der Philosoph John Rawls, der die Möglichkeiten und Grenzen des zivilen Ungehorsams im Rahmen seiner "Theorie der Gerechtigkeit" abhandelt und den Begriff als öffentliche, gewaltlose, gewissenbestimmte, aber politisch gesetzwidrige Handlung bestimmt, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder Regierungspolitik herbeiführen soll. Die zivil ungehorsame Minderheit appelliert mit ihren Handlungen sowohl an das Gerechtigkeitsempfinden der Mehrheit als auch an das der Regierung und bezieht ihre Legitimation allein daraus, dass sie der Regierung ein Abweichen von allgemein gültigen Regeln unterstellt. Diese bzw. der Grundkonsens selbst gelten als unantastbar. Rawls stellt den Konflikt als eng begrenzt dar und behält ihn für Ausnahmesituationen vor. Für den Normalfall gilt die Gehorsamspflicht der BürgerInnen gegenüber ihrer Regierung.

Die radikaldemokratische Variante bezieht sich auch auf eine Trennung zwischen Legalität und Legitimität, hat aber zumeist den Anspruch, weitere Bereiche der Gesellschaft zu demokratisieren, sprich Demokratie nicht allein auf repräsentativen Parlamentarismus zu beschränken und auf z.B. die Wirtschaft auszuweiten. Grundsätzlich in Frage gestellt wurde z.B. das Mehrheitsprinzip in der Energiepolitik. Da dieses Prinzip nur dann Gültigkeit habe, wenn alle Betroffenen die Möglichkeit haben, zu entscheiden, jede Generation andere Entscheidungen treffen können muss (Reversibilität), muss eine Entscheidung für Atomenergie oder Aufrüstung illegitim sein. Strahlung kennt keine nationalstaatlichen Grenzen - und überschaubare zeitliche (Endlagerung) auch nicht. Auch die radikaldemokratische Variante appelliert an das Gerechtigkeits- und Legitimitätsempfinden der Mehrheit, setzt aber keinen unveränderbaren Grundkonsens voraus.

Das Grundproblem jeglicher, nicht nur vertragstheoretischer Begründungen des zivilen Ungehorsams besteht jedoch im grundsätzlichen Anerkennen der Legitimität des Staates und der Gesellschaftsordnung. Wer dies anders sieht, braucht nicht zivil ungehorsam zu sein. Um Mehrheiten für eigene Politik zu gewinnen, die eigenen Positionen öffentlichkeitswirksam und transparent sowie zugänglich zu präsentieren, scheint in Deutschland der Begriff des zivilen Ungehorsams genauso diffus und Interessenkonflikte kaschierend wie der Begriff der "Zivilgesellschaft".